



## Warten im Waggon

Die Infrastruktur der Bahn ist ausgereizt. Es fehlt an allem. Seite 2

Foto: 123rf/fujisil

## Hoffen für Hellas

Weil der IWF sich entscheiden muss, flammt die Eurokrise auf. Seite 9

## Märtyrer von Mossul

Stadtteile sind vom IS befreit, nicht aber von Minen. Seite 3

Foto: Sylvio Hoffmann

# neues deutschland

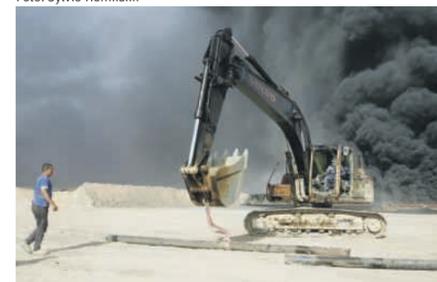
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 6. Februar 2017

72. Jahrgang/Nr. 31

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de



### STANDPUNKT

## Mauer und Meer sind tödlich

Robert D. Meyer warnt vor der wachsenden Abschottung vor Leid

Seit Donald Trump im Weißen Haus sitzt, gibt es nicht wenige in Europa, die einen seit dem Ende der Ära George W. Bushs unterdrückten Reflex wieder genüsslich ausleben: Seht an, wie verrückt diese Amerikaner doch sind! Erst Muslimen die Einreise verbieten wollen und dann eine Mauer an der Grenze zu Mexiko bauen!

Nun gibt es keine Zweifel daran, dass beide Projekte Ausdruck einer rückwärtsgewandten, anti-humanistischen Politik sind. Doch Europa sollte sich zurückhalten, als Tugendwächter eines vermeintlich gemeinsamen Wertesystems aufzutreten. Laut der Mittelstudie 2016 würden 41 Prozent der Befragten hierzulande die Zuwanderung von Muslimen verbieten. Deutschland ist mit seiner Moral näher an der argwöhnisch beäugten Trump-Nation, als es sich eingestehen will.

Und was dem US-Präsidenten seine Mauer zu Mexiko, ist der EU ihr Deal mit dem Despoten Erdogan, die Schließung der Fluchtroute über den Balkan und jetzt ganz neu der Plan, über das Mittelmeer fliehende Menschen direkt nach Nordafrika zurückzuschicken. Union und SPD schätzen sich wohl glücklich, dass zum Leiden südlich von Europa ein Abstand von 4,3 Millionen Kubikkilometer Wasser besteht.

Für die Existenz des Mittelmeers kann selbst SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann nichts, wohl aber für seine Behauptung, mehr Abschottung entziehe Schleusern die Grundlage. Die finden immer tödlichere Routen. Egal ob ihnen eine Mauer oder das Meer im Wege stehen.

### UNTEN LINKS

Jeder gegen jeden. Erst zwischen CDU und CSU, jetzt Union kontra SPD. Der **Wahlkampf** führt zu seltsamen Blüten. Dass sich beispielsweise Barbara Hendricks und Christian Schmidt nicht leiden können, war schon oft zu besichtigen – mal stritten sie sich um Düngeregelungen, mal um zu kleine Ställe oder Gempflanzen. Doch jetzt wird sogar in Reimform zwischen der SPD-Bundesumweltministerin und dem für die Landwirtschaft zuständigen CSU-Kollegen gezoft. Die PR-Kampagne mit elf neuen – mehr schlecht als recht gereimten – Bauernregeln, mit denen das Haus Hendricks Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft anprangern will, findet die Agrarlobby gar nicht lustig. Und kalauert – noch schlechter gereimt – zurück. Bis hierhin kann man amüsiert folgen. Darauf allerdings, dass auch böse Briefe zwischen den Ministerien hin und her wandern, weil die Auftraggeber für die »Dichtkunst« an einem Kabinetttisch sitzen, kann man sich schwerlich einen Reim machen. oer

## Rückschlag für Trump

Einreisestopp bleibt ausgesetzt / Weltweite Proteste gegen den US-Präsidenten



Protest gegen Trump in Paris

Foto: AFP/Thomas Samson

Berlin. US-Präsident Donald Trump sieht seine Autorität angekratzt: Der von ihm verfügte Einreisestopp für Flüchtlinge und Bürger aus sieben muslimischen Ländern bleibt vorerst blockiert. Ein Berufungsgericht hat am Sonntag einen Eilantrag der Washingtoner Regierung abgelehnt, das präsidentiale Dekret wieder in Kraft zu setzen. Das Urteil des Richters James Robart aus dem Bundesstaat Washington bleibt damit rechtskräftig. Das Außenministerium war nach dem Richterspruch aus Seattle gezwungen, die Annullierung von Visa für 60 000 bis 100 000 bereits von der Sperre betroffene Ausländer rückgängig zu machen.

Eine Entscheidung in der Sache steht jedoch noch aus – zunächst ging es nur um eine sofortige Umsetzung des Einreisestopps. Es könnte mindestens eine Woche dauern, bis das in San Francisco ansässige Berufungsgericht entscheidet. Experten rechnen damit, dass der Rechtsstreit am Ende vor dem höchsten US-Gericht, dem Supreme Court, landet.

Trump selbst hatte mit zornigen Tweets auf die Entscheidung von Robart reagiert und »die Meinung dieses sogenannten Richters« als »irrwitzig« angegriffen. Rechtsexperten nannten es äußerst ungewöhnlich, dass ein amtierender Präsident die Legitimität und Kompe-

tenz eines Richters offen in Frage stellt. Derweil gehen die Proteste gegen seine Politik weltweit weiter. In der Nähe seines Luxusresorts in Florida, wo sich Trump am Wochenende aufhielt, versammelten sich rund 2000 Menschen. Im New Yorker Stadtteil Manhattan waren es rund 3000 Menschen. In Washington zogen Hunderte vom Weißen Haus zum Kapitol, um ihre Solidarität mit Einwanderern zu zeigen. Zehntausende protestierten vor der US-Botschaft in London. Auch in Berlin, Paris, Stockholm und Barcelona gab es Demonstrationen. Agenturen/nd

Seiten 4, 8 und 16

## Die Auftrumpfende und der Abwartende

In Frankreich stellten sich die Präsidentschaftskandidaten Le Pen und Macron den Wählern

**Frankreichs Präsidentschaftswahlkampf gewinnt Tempo. Zu Auftreten der Favoriten Le Pen und Macron kamen Tausende.**

Von Ralf Klingsieck, Paris

Mit einem großen Meeting in Lyon hat Marine Le Pen am Sonntag ihr Programm für die Präsidentschaftswahl präsentiert. Die Vorsitzende der rechtsextremen Front National ist im zweiten Wahlgang mit rund 25 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang die aussichtsreichste Kandidatin.

Offen ist allerdings, wer ihr Gegner in der Stichwahl wird. Der seit November als Favorit angesehene rechte Kandidat François Fillon (Republikaner) ist im freien Fall seit Bekanntwerden des Skandals um die jahrelange fiktive Beschäftigung von Frau und Kindern als »parlamentarische Assistenten«, wofür die Familie rund eine Million Euro aus Steuermitteln kassiert hat. Es sieht ganz so aus,

als ob nun Fillon durch Emmanuel Macron (Bewegung »En marche!«) überrundet wird, der ebenfalls am Wochenende in Lyon ein großes Meeting abhielt.

Marine Le Pen legte im Kongresspalast von Lyon vor mehreren tausend Mitgliedern und Anhängern die Grundzüge ihres Programms dar, das insgesamt 144 Punkte umfasst. An der Spitze steht die Verankerung des Prinzips der »Nationalen Priorität« in der Verfassung sowie der Ausstieg aus dem Europaprozess und aus der Euro-Zone. Ausländer sollen nur noch nach strenger Auslese und entsprechend dem Bedarf der Wirtschaft aufgenommen werden, ihr Recht auf Familienzusammenführung wird abgeschafft und illegal in Frankreich lebende Ausländer sollen konsequent abgeschoben werden. Für alle Wahlen soll das Mehrheitsprinzip durch das Proportionalwahlrecht abgelöst werden, das für die FN vorteilhafter ist. Zu

beliebigen Themen sollen Volksbefragungen durchgeführt werden können, wenn das mit mindestens 500 000 Unterschriften von wahlberechtigten Bürgern gefordert wird. Um öffentliche Mittel zu sparen, sollen die Par-

### Kampfansagen gegen Europa und die »Selbstbedienungsmentalität«

lamentarier reduziert und die 13 Regionen abgeschafft werden, so dass sich die Organisation des Landes auf Kommunen, Départements und Staat reduziert.

Macron, Ex-Wirtschaftsminister in der Regierung Hollande, sprach schon am Sonntagabend im Sportpalast vor 8000 Menschen im Saal und fast genauso vielen vor dem Gebäude, wohin seine Rede mit Video und Lautsprechern übertra-

gen wurde. Er begeisterte die Zuhörer, die ihn immer wieder mit stürmischem Beifall unterbrachen. Doch wer von ihm endlich ein konkretes Programm erwartet hatte, wurde einmal mehr enttäuscht. Es blieb bei den groben Zügen einer großen Perspektive. Offensichtlich will Macron abwarten, wer von beiden politischen Seiten noch zu ihm überläuft. Das kann seine Position im Präsidentschaftswahlkampf beeinflussen und entsprechend dürfte die Endfassung seines »in Arbeit« befindlichen Programms ausfallen. Seine Gegner im Wahlkampf erwähnte er nicht namentlich, nur durch Andeutungen, etwa indem er der »Selbstbedienungsmentalität« von Politikern den Kampf ansagte.

Deutlicher wurde Macron an die Adresse der rechtsextremen Favoritin: »Manche behaupten, im Namen des Volkes zu sprechen, aber sie verraten die Brüderlichkeit, weil sie alle hassen, die nicht genauso aussehen wie sie.«

## Wieder Flüchtlinge aus Seenot gerettet

Weiter Kritik an Beschlüssen von Malta

Berlin. Aus dem Mittelmeer sind am Wochenende erneut zahlreiche Flüchtlinge gerettet worden, die auf diesem Weg Europa erreichen wollten. Nach Angaben der libyschen Küstenwache kamen die Einsatzkräfte am Sonntag mehr als 120 Menschen zur Hilfe. Am Samstag hatte Libyens Marine von über 430 Geretteten seit Donnerstag gesprochen. Bei ihrem Gipfel in Malta hatten die EU-Staats- und Regierungschefs am Freitag zehn »Prioritäten« zur Unterstützung Libyens beschlossen, um die Flüchtlingszahlen zu senken.

Die Unterstützung von SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann für eine in Malta beschlossene Unterbringung von im Mittelmeer geretteten Flüchtlingen in Afrika stößt auf Kritik. Der Vorschlag sei »inhuman und entbehrt jeder rechtlichen Grundlage«, so die Flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen, Luise Amtsberg. Der Vize-Linksfraktionsvorsitzende Jan Korte sagte: »Im Mittelmeer gerettete Flüchtlinge zurückzuschicken bedeutet noch mehr verzweifelte Versuche, noch gefährlichere Routen und damit zwangsläufig noch mehr Tote.« Agenturen/nd

Seiten 5 und 11

## Sieg fürs Volk, der Kampf geht weiter

Trotz gekippter Eilverordnung bleibt der Druck auf Rumäniens Regierung

Bukarest. Die Regierung in Rumänien hat nach tagelangen Massenprotesten eine umstrittene Eilverordnung aufgehoben, die die Strafverfolgung von Korruption bei Politikern einschränkt. Dieser Beschluss vom Sonntag erschien umgehend im Gesetzblatt.

Für die Demonstranten ist die Aufhebung der Verordnung nur ein Teilsieg. Die meisten verlangen nun den Rücktritt der Regierung. Für Sonntagabend wurde die größte Massenkundgebung aller Zeiten in Bukarest erwartet. Aus der Provinz reisten viele Rumänen in die Hauptstadt Bukarest. Vor dem Amtssitz von Staatspräsident Klaus Johannis kam es zu einer kleinen Gegendemonstration zur Unterstützung der Regierung.

Die Veröffentlichung der Protokolle einer Regierungssitzung vom Mai 2016 dürfte den Zorn der Demonstranten weiter schüren. Damit will Ministerpräsident Sorin Grindeanu offenbar nachweisen, dass sein Vorgänger Dacian Ciolos im Umgang mit Strafgesetzbuch und Eilverordnungen ähnlich gehandelt habe wie er. dpa/nd

Seiten 4 und 7

## An den Grenzen der Leistungsfähigkeit

Generalbundesanwalt fordert mehr Personal für Terrorismusbekämpfung

Karlsruhe. Von der wachsenden Zahl der Terrorismus-Verfahren fühlt sich die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe überlastet. Die »Grenzen der Leistungsfähigkeit« seien erreicht, heißt es in einem Brief von Generalbundesanwalt Peter Frank an die Justizminister der Länder, aus dem der »Spiegel« zitierte. Der »Welt am Sonntag« sagte Frank, die Zahl der Stellen sei zwar in den vergangenen Jahren stetig gewachsen, aber angesichts der vielen Verfahren »bleibt es eng.« Ein erheblicher Teil der rund 200 Mitarbeiter sind Juristen, die die Bundesländer nach Karlsruhe abordnen, meist für drei Jahre.

Frank bittet die Länderminister in seinem Brief »eindringlich«, Staatsanwälte und Richter zu entsenden, da seine Behörde sonst eine Terrorbekämpfung »nicht mehr umfassend gewährleisten« könne. Bundesjustizminister Heiko Maas stellte sich hinter den Aufruf. »Wir unterstützen den Appell des Generalbundesanwalts an die Länder ganz ausdrücklich«, erklärte ein Sprecher des Justizministeriums in Berlin. dpa/nd

ISSN 0323-3375

